

Dringlichkeitsanfrage

des Abgeordneten Quasebarth (BSW)

Verfassungsreform 2.0 zur Stärkung der Bürgerbeteiligung in der Thüringer Landespolitik

Mit der Petition „Verfassungsreform 2.0“ haben mehr als 2.000 Bürger gefordert, die direkte Demokratie in Thüringen durch niedrigere Hürden für Bürgeranträge und Volksbegehren sowie einen Volkseinwand gegen Gesetze spürbar auszubauen. In der Petition wird ausgeführt, dass bei der Verfassungsreform im Jahr 2024 leider die dringend reformbedürftigen Schwellen für Bürgeranträge und Volksbegehren nicht gesenkt wurden. Zudem wird vom Petenten angemerkt, dass Vorschläge aus dem Thüringen-Projekt der bekannten Online-Publikation Verfassungsblog nicht aufgegriffen wurden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Schlüsse und Vorbildpotentiale werden aus den Erfahrungen anderer Länder mit gesenkten Quoren für Bürgeranträge abgeleitet, um diese gegebenenfalls für Thüringen übernehmen zu können?
2. Gibt es Bestrebungen, auf Grundlage der bisher gesammelten Erfahrung mit den bestehenden Bürgerräten als Instrument zur direkten Demokratie diese in laufende Gesetzgebungsprozesse seitens der Landesregierung einzubinden?
3. Gibt es konkrete Pläne seitens der Landesregierung, Beteiligungsformate für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen einzurichten, um deren Perspektiven aktiv in Gesetzgebung und Verwaltungshandeln einzubeziehen?

Quasebarth